

Jürgen W. Schmidt, Gegen Russland und Frankreich. Der deutsche militärische Geheimdienst 1890–1914. 2. durchgesehene und ergänzte Ausgabe, Ludwigsfelde bei Berlin (Ludwigsfelder Verlagshaus) 2007, 699 S. (Geheimdienstgeschichte, 1), ISBN 978-3-933022-44-8, EUR 35,00.

rezensiert von/compte rendu rédigé par
Rainer Lahme, Boppard

Geheimdienste neigen aufgrund ihrer nun einmal vorgegebenen Arbeitsweise dazu, sowohl für den Zeitgenossen als auch für den forschenden Historiker nach Möglichkeit nur wenige Spuren und Zeugnisse darüber zu hinterlassen, wie sie zu ihren Einschätzungen und Lagebeurteilungen kommen. Das ist jedoch nicht der wesentliche Grund, warum Jürgen W. Schmidt mit seinem Vorhaben gescheitert ist, eine fundierte wissenschaftliche Darstellung über die Geschichte des deutschen Geheimdienstes von 1890 bis 1914 vorzulegen, wie es der etwas irreführende Titel der Darstellung zunächst vermuten lässt.

Gewiss ist es richtig, dass aufgrund der gravierenden Verluste von Aktenmaterial in der Folge des Ersten und Zweiten Weltkrieges eine Rekonstruktion der Aktivitäten des deutschen Geheimdienstes nur schwer zu leisten ist. Der Autor greift daher notgedrungen vor allem auf die preußischen Verwaltungsakten der Regierungsbezirke Bromberg, Danzig und Marienwerder zurück, um durch die Auswertung des Schriftverkehrs der zivilen Verwaltungsbehörden mit den militärischen Instanzen die Arbeit der Geheimdienste nachvollziehen zu können. Dies ist durchaus legitim, verändert aber die Zielsetzung der Darstellung, der es nun offenbar in erster Linie darum geht, die »Entwicklung der Zusammenarbeit des militärischen Nachrichtendienstes des Großen Generalstabes mit den preußischen Verwaltungsbehörden auf[zuz]zeigen«. Dies führt dazu, dass sich der Focus der Betrachtung auf die Aktivitäten des preußischen militärischen Nachrichtendienstes und der Spionageabwehr gegenüber dem russischen Nachbarn im Osten richtet und das Handeln der Geheimdienste gegenüber Frankreich allenfalls am Rande Erwähnung findet. Zugleich erfährt der Leser unendlich viele Details aus dem Schriftverkehr der preußischen kommunalen Behörden und der Ministerien, wenn es zum Beispiel immer wieder über die Abgrenzung von Kompetenzen oder über den unvermeidlichen Streit über die anfallenden Kosten geht.

Das wesentliche Problem der Studie liegt allerdings nicht in der schwierigen Quellenlage. Dem Autor gelingt es – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in der Regel nicht, sich von der Betrachtung von Einzelfällen zur Analyse des Allgemeinen zu begeben. Der Erkenntnisgewinn, den er auf der Grundlage der mit enormem Fleiß und Akribie aus den Akten eruierten zahlreichen Fallstudien und einzelnen Beobachtungen über die Arbeit des »deutschen« Geheimdienstes gewinnen kann, bleibt daher ungeachtet des anerkennenswerten Aufwandes bescheiden. Für den Leser wird die Lektüre der Darstellung zudem durch ihren Detailreichtum, ihre ausführlichen Zitate aus dem Schriftverkehr der Behörden über die immer gleichen Fragen, ihre zahlreichen Exkurse und Anhänge zu einer mitunter doch recht mühevollen und monotonen Lektüre.

Aufgrund der föderalen Strukturen des Deutschen Reiches gab es keine zentralen Institutionen des Geheimdienstes auf der Reichsebene. Für die Beschaffung und Auswertung von Informationen aus dem Ausland war die Sektion III b des Großen Generalstabes zuständig, der insbesondere nach der Entstehung des französisch-russischen Bündnisses nach der außenpolitischen Kurswende von 1890 eine größere Aufmerksamkeit zuteil wurde. Im Vordergrund stand das gewachsene Interesse der Militärs an Nachrichten über die Pläne ihrer russischen Gegenspieler an der gemeinsamen Grenze, wobei der personell unzureichend ausgestattete Nachrichtendienst auf die enge Zusammenarbeit mit den zivilen Verwaltungsbehörden angewiesen war. Selbst nach dieser institutionellen Aufwertung des Nachrichtendienstes sei die Sektion III b im Grunde genommen – so Schmidt – ein »Drei-Mann-Unternehmen« gewesen. In Russland selbst waren es nicht zuletzt die deutschen Konsulate, die wertvolle Dienste leisteten und von Schmidt als wahre »Spionagehöhlen« bezeichnet werden, was allerdings im gleichen Maße für die russischen Konsulate in Deutschland zutrifft. Von besonderem Interesse für die Militärs – auf beiden Seiten – waren dabei Truppenverlegungen, Truppenstärke, der Zustand der Festungsanlagen und der Ausbau der jeweiligen Eisenbahnen, denen im Falle der Mobilmachung eine besondere Bedeutung zukam.

Die Spionageabwehr hatte mit noch größeren Problemen zu kämpfen, da sie lange Zeit allein den kommunalen Polizeibehörden überlassen blieb. Erst 1907 kam es zur längst überfälligen Einrichtung einer Staatspolizei-Centralstelle beim Polizeipräsidenten von Berlin, die zwar durchaus Erfolge vorweisen konnte, personell aber weiterhin chronisch unterbesetzt blieb. Zahlreiche Spione wurden demzufolge weiterhin eher durch Zufall als durch systematische Ermittlungsarbeit enttarnt, und der lange bürokratische Instanzenweg bei der Übermittlung von Nachrichten erleichterte so manchem tatsächlichen oder vermeintlichen Spion das rechtzeitige Entkommen aus dem Deutschen Reich. Über weite Passagen, und das ist angesichts der vorherrschenden Auffassungen über die große Effizienz der preußischen Bürokratie schon ein etwas überraschender Befund, lesen sich die Berichte über die Arbeit der preußischen Geheimdienste, ungeachtet der ohne Zweifel auch vorhandenen Erfolge, wie eine Auflistung von Pleiten, Pech und Pannen.